

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

11. Juni 2024

Streikbericht Süddeutsche Zeitung.....	2
1. Mai in München	3
Palästinacamp an der Uni.....	5
Bayerisches Kriegsförderungsgesetz	6
Rendite orientierte Privatisierung	8



UAW-Chef Shawn Fain (vorne Mitte) kämpft mit den Mercedes-Beschäftigten um eine Mehrheit für die Gewerkschaft (März 2024). Fain: „Am Ende des Tages gilt: Wenn wir unsere Arbeit zurückhalten, dann gibt es nichts in der Welt, das sich bewegt.“ (Foto: UAW International Union)

BMW von US-Gewerkschaft bedroht!

BMW, Mercedes und Volkswagen betreiben große Produktionsstätten in den US-Südstaaten. Der Einfluss von Gewerkschaften ist in diesen Staaten schwach, zum Teil gesetzlich eingeschränkt. Weder im BMW-Werk in South Carolina noch im Mercedes-Werk in Alabama gibt es bisher Gewerkschaftsvertretungen in den Belegschaften.

United Auto Workers (UAW) hat mit ihren erfolgreichen, Aufsehen erregenden Streiks im letzten Jahr gegen die BigThree Ford, General Motors und Stellantis die Schluengeöffnet. Die Löhne dort wurden um 20 – 25 Prozent erhöht. Das hatte Auswirkungen auf die deutschen großen Drei, nämlich BMW, Mercedes und VW. Die haben nach diesem Abschluss die Löhne schon mal deutlich angehoben. Die UAW ging nach diesem Sieg mit ihrer Kampagne in den Süden. (Auf Draht berichtete im Dezember 2023.)

VW Chattanooga. Die erste Bastion der deutsch-amerikanischen Gewerkschaftsfeinde wurde nun geknackt. Die arbeiterfeindliche Gesetzgebung im US-Staat Tennessee verlangt eine Abstimmung, bevor eine Organisierung möglich ist. Die Gewerkschaft darf nur vor dem Werkstor für sich werben. 4.300 Arbeiter haben im April mit der großen Mehrheit von 73 Prozent für eine gewerkschaftliche Vertretung durch die UAW gestimmt!

Mercedes Tuscaloosa. Der Ort klingt wie aus einem Wildwestfilm. Und ähnlich gesetzlos geht es da auch zu. Auch hier gilt das Verbot der Gewerkschaft, wenn nicht die Mehrheit der Arbeiter für ihre Organisation abstimmt. Das wird mit allen Mitteln hintertrieben – mit Drohung der Entlassung und Hetze in den Medien gegen die Gewerkschaft. Über die Gewerkschaft zu sprechen ist im Mercedes-Werk verboten. Bei der Abstimmung für die UAW am 17. Mai wurde die Mehrheit um einige Prozente verfehlt.

BMW Spartanburg. Es ist seit 1992 weltweit das größte Werk der BMW-Group mit 12.000 Beschäftigten. In diesem sogenannten X-Werk werden alle SUVs mit X im Namen hergestellt und auch nach Europa exportiert.

Der Stadtrat von Spartanburg County, David Britt, der 1992 bei der Anwerbung von BMW mitwirkte, nannte den Grund, warum der german automaker Spartanburg County und South Carolina für sein nordamerikanisches Werk auswählte. Es sei der „niedrigste gewerkschaftliche Organisationsgrad in den Vereinigten Staaten, nämlich 1,7 Prozent.“ (Spartanburg Herald-Journal, 2. Oktober 2023)

Die BMW Group USA beobachtete den Streik der UAW sehr genau, so eine

Sprecherin, um die Folgen für das gewerkschaftsfreie Werk abschätzen zu können.

So schaut's aus mit den Sprüchen der deutschen Automonopolisten von Mitbestimmung und Fair Wandel. Verschlagen, wie sie sind, nutzen sie die arbeiterfeindlichen US-Gesetze für ihre Profite aus. Gegen alle staatlichen Hürden haben es die VW-Arbeiter geschafft, die UAW ins Werk zu holen. Die Mercedes-Arbeiter werden mit der UAW einen neuen Anlauf machen. Die BMW-Kollegen stehen vor der Herausforderung.

Die UAW stand solidarisch an der Seite der Kollegen im Tesla-Werk Brandenburg, als diese für den Zutritt der IG Metall kämpften. Gut denkbar, dass sich die BMW-Kollegen aus München mit ihren Kollegen in Spartanburg solidarisieren, wenn diese für eine Gewerkschaft im Werk kämpfen! ■krn

„Verantwortung. Wertschätzung. Offenheit. Transparenz. Vertrauen. Darum geht heute mein erster Dank an unser weltweites Team. Im Namen des Vorstands und persönlich sage ich: Was Sie alle jeden Tag leisten, ist großartig!“
BMW-Boss Zipse auf der Aktionärsversammlung am 11. Mai 2023.

Würstl, Weißbier, Widerstand

Bericht über einen Streik bei der Süddeutschen Zeitung

Jahrzehnte Streikerfahrung haben die Kolleginnen und Kollegen, die an diesem Streiktag frühmorgens die Frühschicht abpassen. Ein weiterer Streikposten kommt bereits mit Warnweste in seinem blauen Toyota angefahren. Er bringt Croissants von der Bäckerei bei ihm ums Eck vorbei. „Spinnt du, 2 Euro 70 kostet da eins dieser Dinger! Ich weiß noch, beim Streik 2019 war das noch halb so viel!“ beschwert sich der Kollege.

Und deswegen streiken die Arbeiterinnen und Arbeiter bei der Druckerei der Süddeutschen Zeitung an diesem Tag. Die Inflation der letzten Jahre hat einiges ihres Lohnes aufgefressen, vor allem für Sprit und Lebensmittel zahlen sie ein Vielfaches. Die Süddeutsche hat sich brav an den Anfang 2022 abgeschlossenen Tarif gehalten und die Löhne und Gehälter im Mai vergangenen Jahres um schlappe 1,5 Prozent erhöht – und das bei 6,3 Prozent Inflation im Mai 2023. Und auch jetzt zeigt der Arbeitgeberverband keinerlei Einsicht, dass deutlicher Nachholbedarf besteht. In der vorangegangenen Verhandlungsrunde boten sie 2 Prozent für dieses Jahr und 1 Prozent für nächstes Jahr an. Die Kolleginnen und Kollegen hatten ihnen davor ihre Forderungen über 12 Prozent mehr Lohn auf den Tisch geknallt. „Wenn man’s genau nimmt, dann ist selbst das zu wenig!“, schimpft der Kollege, während er die Croissants verteilt. „Naja, schau’n wir mal, wie’s heute wird!“

Knapp 3,5 Stunden später nur etwa 50 Meter weiter vor dem pompösen SZ-Hochhaus verteilt eine junge Kollegin gerade Streikaufrufe. Sie macht ihr Redaktionsvolontariat bei der Süddeutschen Zeitung und ist erst seit kurzem Mitglied der Gewerkschaft ver.di. Eine andere Kollegin sieht sie, sie umarmen sich und freudestrahlend berichtet sie ihr, dass sie heute auch beitreten möchte. „Mega, ich glaub du kannst bei dem mit den Locken das ausfüllen, oder halt online!“

Auch die Redakteurinnen und Redakteure sowie die Verlagsangestellten der Süddeutschen Zeitung sind an diesem Tag zum

Warnstreik aufgerufen. Besonders viele Azubis und Volontäre haben sich dem Aufruf angeschlossen und streiken heute zum ersten Mal. Dazwischen stehen einige Streikerprobte, die sonst immer allein vor der Tür standen. „Wahnsinn, hätt´ ich echt nicht gedacht!“ meint eine davon kopfschüttelnd. „Bisher haben die sich kaum für’n Tarif interessiert und erst recht nicht für die Gewerkschaft.“ Ein junger Auszubildender beschwert sich: „Irgendwann



SZ-Hochhaus Zamdorfer Straße.

reicht’s halt auch. Ich bin hier nicht einfach nur ein billiger Mediengestalter, manchmal hab’ ich den Eindruck, dass die uns hier eigentlich gar nicht haben wollen.“

Die Verlagsangestellten kämpfen seit über 9 Monaten um 10,5 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 325 Euro mehr Geld in der Tasche. Für die Auszubildenden werden 150 Euro mehr gefordert. Der Verband der bayerischen Zeitungsverleger bietet hier schlappe 120 Euro mehr im Monat, wobei bis Ende 2024 dies als Inflationsausgleichsprämie ausbezahlt werden solle. „Der Flächentarifvertrag steht bei einem solchen miserablen Angebot wirklich auf dem Spiel. Ein gutes Signal ist aber, dass nun auch die Redakteure

mitstreiken“, fasst einer der Altgedienten die Situation zusammen.

Nach einer kurzen Streikkundgebung vor dem Haupteingang der Süddeutschen Zeitung ziehen die streikenden Verlagsangestellten und Redakteurinnen und Redakteure gemeinsam zum wenig entfernten Streiklokal. Die Redakteurinnen und Redakteure sind heute im Solistreik mit dabei. Ihre Tarifrunde hat gerade erst begonnen, die Forderungen wurden gerade erst aufgestellt. Sie fordern – genauso wie ihre Kollegen aus der Druckerei – 12 Prozent mehr Gehalt. Aber neben der Lohnforderung haben sie noch etwas Neues im Gepäck: „Uns geht’s auch darum, den Einsatz von KI tarifvertraglich zu regeln. Uns geht’s drum, mitzubestimmen, wo Künstliche Intelligenz eingesetzt wird und wir wollen an den Produktivitätszuwächsen beteiligt werden,“ fasst es einer der Redakteure zusammen.

Im Streiklokal, einer urigen Kneipe, in der sonst nur Schafkopfrunden und Stammtische verkehren, warten bereits die Kolleginnen und Kollegen aus der Druckerei, die von den tapferen Streikposten abgefangen wurden. Bei Würsteln und Weißbier entsteht so manche Diskussion zwischen jungen Volontären und alten Druckern, zwischen Verlagsangestellten und Druckhelfern über ihre Arbeit und darüber, warum ihre Chefs ihnen nicht einmal die Inflation ausgleichen wollen. „Mia müssen da radikaler werden, mit so Kleckerstreiks erreichen wir gar nichts. Die Arbeitgeber und die Regierung sollen mal wirklich mitbekommen, was Sache ist“, meint der eine Drucker, dem man die ständigen Wechselschichten schon ansieht. „Ich versteh’ sowieso nicht, warum wir nicht häufiger zusammen streiken“, meint eine Buchhalterin vom Verlag. „Am Ende geht’s uns allen doch vor allem drum, mehr Geld in der Tasche zu haben und besser leben zu können“ Allein mit dieser Erkenntnis, so banal sie klingen mag, ist ein wichtiger Schritt gegangen worden. Diesen Streiktag werden einige der Beteiligten so schnell nicht mehr vergessen – und sie haben damit einen kämpferischen Weg eingeschlagen. ■ Franz Sperr

Warnstreiks bei den Druckern

Weiterhin kein Ergebnis in der Tarifrunde Druck und Papier: Am 7.5. hat der Bundesverband Druck und Medien (BVDM) kein verbessertes Angebot vorge-

legt und besteht auf einer Lohnerhöhung von 3 Prozent. Nach zwei Jahren starker Inflation ist dieses Angebot eine Beleidigung für die ArbeiterInnen der Druckbranche.

In mehreren Betrieben, wie bei den Zeitungsdruckereien der Süddeutschen Zeitung oder bei C.H.Beck, sind die Beschäftigten in Warnstreiks getreten und fordern 12 Prozent. ■ JD

Bericht eines Kollegen, der mit Wechselschichten zu kämpfen hat.

Schlaflos in die Spätschicht

Ich weiß nicht mehr, wie es weitergehen soll. Ich habe Schlafstörungen und selbst mit Schlaftabletten finde ich oft nicht zur Ruhe. Meine Frau und meine Familie machen sich auch große Sorgen um mich. Dieser Wechsel zwischen Tag- und Nachtschicht bringt meinen ganzen Rhythmus durcheinander, ich liege oft nächtelang wach oder kann tagsüber nicht schlafen. Ich hab's schon mit verschiedensten Mitteln probiert, aber das

Einzigste, was helfen könnte, wäre wieder zurück in die ständige Tagschicht zu wechseln. Vor einem Jahr habe ich diese Schicht aber verlassen, weil es nachts einfach mehr Zuschläge gibt. Wir sind auf jeden Cent angewiesen, aktuell bin der Einzige in der Familie, der arbeitet. Durch die gestiegenen Preise und die ganze Inflation brauchen wir diese Nachtschichtzuschläge. Ohne die hätte ich mehrere hundert Euro weniger im Monat und das

ist einfach nicht drin. Mein Chef würde mich schon wieder in die Tagschicht übernehmen, aber dann halt ohne Zuschläge. Deswegen muss ich oft übermüdet zur Arbeit gehen, neulich bin ich einmal sogar an der Maschine eingekickt. Ich habe Angst, auf dem Nachhauseweg irgendwo einen Unfall zu bauen. Ich hoffe, ich finde irgendwann etwas, das mir hilft.

■ Mehmet A.

1. Mai in München



Auf Draht dokumentiert:

Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

Die Welt wird von immer neuen Kriegen erschüttert, Menschen werden getötet, Länder verwüstet. Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atommächten wächst und bedroht die Menschheit weltweit. Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär verpulvert. Statt damit die großen Probleme von Armut und Unterentwicklung, maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung zu bekämpfen.

Die deutsche Regierung und Parlamentsmehrheiten beteiligen sich an dieser verheerenden Politik. Sie reden über „Kriegstüchtigkeit“ und sogar über „eigene“ Atombewaffnung, statt sich mit aller Kraft für ein Ende der Kriege, für Frieden und gemeinsame Problemlösungen einzusetzen. Die Ausgaben für

Militär sollen 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, über 85 Milliarden Euro, erhöht werden und in den kommenden Jahren weiter steigen. Während in den sozialen Bereichen, bei Bildung und Infrastruktur gravierend gekürzt wird und die Lasten der Klimapolitik auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden.

Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt „Kriegs-



Gegen Militarisation und Sozialabbau! Auf der Rückseite der Tafeln stand "Nein zur Kriegstauglichkeit!"

Anzeigen

UZ
unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

Sagen was ist!

Jetzt 6 Wochen kostenlos testen. Oder direkt abonnieren!

Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de
www.unsere-zeit.de/abo/

tüchtigkeit“ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen. Das ergibt sich aus ihrer Tradition und ihren Beschlüssen. Auch und besonders in den aktuellen Auseinandersetzungen um die internationale Politik und um die Haushaltspolitik!

Wir fordern unsere Gewerkschaften und ihre Vorstände auf, den Beschlüssen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden! Die Gewerkschaften müssen sich laut und entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: gegen Kriege und gegen Aufrüstung!

Unterstützt den Aufruf:



www.gewerkschaften-gegen-aufruestung.de

BMW-Zipse: Wenn's ums Geschäft geht China-freundlich

Im USA-Wahlkampf überbieten sich Biden und Trump in Chinafeindlichkeit. China soll an der schlechten Wirtschaftslage der US-Amerikaner schuld sein. Auch bei uns droht jetzt Ursula von der Leyen China mit EU-Zollschranken. BMW-Chef Oliver Zipse ist dagegen: „Wir warnen vor der Einführung von Zöllen, das wird der deutschen Industrie enorm schaden“ (Handelsblatt 15. Mai 2024) Denn: „Der Marktanteil der Chinesen in Deutschland liegt unter einem Prozent.“ Peking könnte Gegenmaßnahmen verhängen, beispielsweise Zoll auf die Ein-

fuhr von Luxuslimousinen. Fast jeder zweite BMW-Siebener geht in die Volksrepublik.

Dass Zipse warnt, ist logisch, dafür wird er von den Aktionären bezahlt. Auffallend ist, dass Kollege Jürgen Kerner, seit 2023 Zweiter Vorsitzender der IG Metall, von unseren Mitgliedsbeiträgen bezahlt, dazu nichts von sich hören lässt. Erst kürzlich hat er sich doch lautstark gemeinsam mit den Kapitalvertretern für die Arbeitsplätze in der deutschen Rüstungsindustrie engagiert und gefordert, dass die Regierung dort

und nicht z.B. in den USA ihre Waffen bestellen soll.

Wir erinnern uns:

2011 ist ihm der Sprung in den Vorstand der IG Metall gelungen, Zuständigkeitsbereich „Wehr- und Sicherheitstechnik“, d.h. die deutsche Rüstungsindustrie. 2013 wurde er Hauptkassierer der IG Metall und Multi-Aufsichtsrat.

Muss BMW Panzer bauen, damit Kerner die Arbeitsplätze einfallen?

■ Stefan Müller

Kurzmeldungen zu Kapital und Reaktion

Was Deutschland sich angeblich nicht leisten kann

Die Siemens-Personalchefin Judith Wiese erklärt in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung (6. Mai 2024), dass sich Deutschland eine Diskussion über kürzere Arbeitszeiten aufgrund des Fachkräftemangels nicht leisten könne. An anderer Stelle wird deutlich, worum es wirklich geht. Auf die Frage, ob eine Vier-Tage-Woche überhaupt realistisch sei, antwortet die Personalchefin: „Die Frage wäre dann auch eher: bei vollem Lohnausgleich?“

Im Geschäftsjahr 2023 erzielte Siemens einen Profit von über 8,5 Milliarden Euro, das höchste Ergebnis seit 2010. Diese für das Siemenskapital doch höchst erfreuliche Entwicklung soll offensichtlich durch eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich keinesfalls gefährdet werden.

Waffenschmiede Hensoldt rettet Leben?

Die Rüstungsfirma Hensoldt mit Sitz in Taufkirchen bei München stellt Radare und Sensoren für Panzer, Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge oder Flugabwehrsysteme her. Umsatz und Gewinn steigen auch bei Hensoldt seit der sog. Zeitenwende und der Lieferung von Waffen aus Deutschland an die Ukraine. Doch selbstverständlich alles nur für einen guten Zweck. „Unsere Systeme retten jeden Tag Leben in der Ukraine“, behauptet doch allen Ernstes der Chef von Hensoldt, Oliver Dörre, ehemals Bundeswehroffizier (Süddeutsche Zeitung vom 13. Mai 2024). Seltsam nur, dass jeden Tag, um den dieser Krieg mit massiver militärischer Unterstützung

verlängert wird, weitere Menschen sterben.

Der Kurs der Hensoldt-Aktie hat sich verdreifacht. Der Hensoldt-Chef freut sich - aber nur „mit Demut“.

Rheinmetall rettet die Demokratie?

Auch der boomende Waffenhersteller Rheinmetall tut nur Gutes. Rheinmetall-Chef Papperger versteigt sich zwar nicht dazu, seine Waffen als Lebensretter schön zu reden. Doch seiner Meinung nach helfe die Rüstungsindustrie, „die Demokratie zu verteidigen“ (Süddeutsche Zeitung 11./12. Mai 2024). Wie es um die Demokratie in der Ukraine bestellt ist, darüber lässt er sich vorsichtshalber genauso wenig aus, wie unsere kriegstüchtigen Politiker.

Gut bestellt ist es auf jeden Fall um den Aktienkurs, der seit Beginn des Krieges in der Ukraine fast um das Dreifache gestiegen ist.

Nur immer weiter eskalieren

Der Grünen-Politiker Anton Hofreiter fordert, dass die Ukraine Waffen aus Deutschland auch für Angriffe auf Ziele in Russland nutzen dürfen solle. Und Robert Kiesewetter, CDU, dringt darauf, dass westliche Staaten, wohl auch Deutschland, ihre Luftabwehr 70 bis 100 km in den Westen der Ukraine vorverlagern sollen (Frankfurter Allgemeine Zeitung 27. Mai 2024). Deutsche Soldaten würden dann in der Ukraine unmittelbar Krieg gegen Russland führen.

Schon vor 12 Jahren hatte sein Parteikollege Elmar Brok erklärt, dass man die

Ukraine, diesen zentralen Staat Osteuropas, keinesfalls an Russland verlieren wolle, aus „geopolitischen Gründen nicht, aus wirtschaftlichen nicht und auch aus historischen Gründen nicht“. „Die Kornkammer Europas“, das habe er in der Schule über die Ukraine gelernt, „gehöre eben nach Europa“ (www.german-foreign-policy.com vom 14. Mai 2012)

Bedrohte Demokratie – doch nicht durch Putin

Anders, als permanent gewarnt wird, ist die Demokratie nicht durch äußere Mächte bedroht, gegen die sie verteidigt werden müsse, sondern von Inneren.

Wie jedes Jahr erschien auch dieses Jahr ein Grundrechte-Report, veröffentlicht von zehn Bürgerrechtsvereinigungen. In diesem wird aufgelistet, wie es um die Grundrechte in Deutschland bestellt ist: Ausgesprochen schlecht. Dabei wird nicht nur auf die Erstarkung der AfD verwiesen, sondern auch auf die immer weitergehende Einschränkung der demokratischen Rechte durch den Staat: Verbote von Versammlungen und Demonstrationen, Einschränkungen der Meinungsfreiheit, Präventivhaft für Klimaaktivisten, Erklärung unliebsamen Widerstands zur kriminellen Vereinigung, menschenunwürdiger Umgang mit Flüchtlingen, Zerschlagung des Asylrechts... Dieser Report ist durchaus nicht umfassend. Doch was darin aufgelistet ist, reicht, dass der frühere Innenminister Gerhart Baum (FDP) bei seiner Vorstellung erklärte: „Unsere Grundrechtsordnung ist Gefährdungen ausgesetzt, wie ich sie noch nie in meinem Leben erlebt habe.“ (Süddeutsche Zeitung 23. Mai 2024) ■gr

Palästina Camp an der Universität



Nun hat auch München ein Palästina Camp und zwar am Professor-Huber-Platz an der Ludwig-Maximilians-Universität. Die beiden Plätze vor der Universität – Professor-Huber-Platz und Geschwister-Scholl-Platz – wurden nach Menschen benannt, die sich für Meinungsfreiheit eingesetzt haben.

Im Rest Deutschlands geht die Polizei mit Gewalt gegen Palästina-Proteste an den Unis vor. Aber die kämpferischen Aktivist:innen haben es in dieser Stadt geschafft, dass das Camp bleiben darf.

Schwer genug: schon seit Oktober nimmt die Politik den Palästina-Aktivist:innen viele demokratische Rechte. Bestimmte Parolen dürfen nicht gerufen werden, Demos wurden ohne Grund nicht erlaubt, teilweise mit Polizei Gewalt verhindert. So auch am Montag den 13. Mai, als die Stadtverwaltung die Kundgebung am Professor-Huber-Platz zuerst nicht genehmigen wollte.

Eine Palästinenserin vom Camp, die wegen Angst um ihren Aufenthaltsstatus nicht

namentlich genannt werden möchte, meinte, sie sei „überrascht über das Ausmaß“ an Einschränkungen bei dem Thema. „Ich komme selbst aus Palästina, es gibt viele Arten der Unterdrückung durch die israelische Armee oder die Polizei, aber ich hätte nicht gedacht, dass Deutschland so ähnlich ist.“



Wenn Verbote dann aber doch nichts bringen, versuchen Politiker und Zeitungen den Palästina-Protest schlecht zu reden: CSU Generalsekretär Huber nennt die Kritik an der Kriegsführung Israels „antisemitisch“. Dass viele Juden und Israelis diesen Krieg selber kritisieren und die israelische Armee ungefähr 14.000 Kinder in Gaza getötet hat, ist ihm egal. Auch die BILD Zeitung spricht über die Aktivisten nur als „Israel-Hasser“, kümmert sich nicht um deren Forderungen und Ziele.

Welchen Erfolg hat das? „Die deutschen Studenten reden nicht mit uns“ sagt die Teilnehmerin des Camps: „Ich weiß nicht, ob es Hass oder Angst ist oder ob sie denken, dass man über sie sagt, dass sie Antisemiten sind, nur weil sie mit uns reden. Wer aber auf uns reagiert, sind viel ausländische Studenten.“ Oft übernehmen auch private Sicherheitsdienste gerne den Job, den ihnen die Politik aufdrückt. So berichtet die Teilnehmerin des Camps davon, dass für die Anmeldung einer friedlichen Aktion auf dem Gelände einer anderen Münchner Uni keine offizielle Stelle verantwortlich war. „Wir wussten nicht, zu wem wir gehen sollen. Wir haben bei der Leitung der Uni gefragt, bei der Studentenvertretung und so weiter. Niemand konnte uns etwas sagen. Wir haben unsere Aktion dann einfach gemacht. Bald kam die Security und hat gesagt, wir dürfen keine Flugblätter verteilen und wir müssen unseren Stand räumen.“

Der Widerstand soll klein gehalten werden, denn die Herrschenden brauchen für ihre zunehmend kriegerischen außenpolitischen Bestrebungen Ruhe an der Heimatfront.

■ Lon, SDAJ

(Das ist ein Artikel der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), eine befreundete Organisation der DKP.)

Aufdrähl

Herausgeber:

DKP München & Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Jörg Högemann - Kellerstr. 28 - 81667 München

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Erste Lesung des bayerischen Kriegsförderungsgesetzes

Vaterländisches Schaulaufen der Kriegsertüchtiger

Mittwoch, 17. April 2024: Die heutige Erste Lesung des bayerischen Kriegsförderungsgesetz im bayerischen Landtag war ein Schaulaufen aller Kriegsertüchtiger dieses Landes.

Angeführt von Staatsminister Dr. Florian Herrmann, der selbstredend sein Gesetz sehr lobte. Es fände eine breite Unterstützung – und nannte: das Bundesverteidigungsministerium der Bayerischen Soldatenbund, die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und weiteren einschlägig Bekannten. Und sie alle loben Bayern und bestärken ihn darin: „Dieses Gesetz in Bayern sollte für ganz Deutschland gelten.“

Dicht gefolgt von AfD-Abgeordneten Dieter Arnold, der in den Saal gleich mal die Frage in den Raum stellte: Wer hat hier gedient?“ und später damit prahlte, 12 Jahre gedient zu haben.

Das Wetteifern um das Signum „Wir sind die Partei der Bundeswehr“ ging los und Arnold stieß mächtig ins Horn: „Wehrtüchtigkeit und Vaterlandsliebe beginnen im Kopf!“ Dazu diene das Gesetz und deswegen werde sich die AfD enthalten.

Weiter ging es mit Wolfgang Fackler, CSU, der natürlich erst einmal in Konkurrenz zur AfD das „Wir sind die Partei der Bundeswehr“ absetzte. Auch hier wieder „Es geht um die Köpfe“ und „andere

Bundesländer können sich eine Scheibe abschneiden.

Und was ist das A und O an den Hochschulen?

„Wir müssen bei der militärischen Forschung dem Rest der Welt ein Stück voraus sein“ so wörtlich der Fackler. Und natürlich müssen die Handelswege militärisch geschützt werden und dazu brauche es „mündige Bürger“, die per Jugendoffizier und Karriereberater in den Schulen gezogen werden.

Weiter ging es mit Toni Schubert von den Grünen, dessen Opposition darin bestand, zu sagen: Das alles geht auch ohne ein Gesetz. Und natürlich sind auch die Grünen die Partei der Bundeswehr und wollen die Aufrüstung.

Weiter ging es mit Bernhard Pohl, Freie Wähler. Der überschlug sich vor Begeisterung über das Gesetz – „Florian, das ist dein persönliches Meisterstück!“ Und natürlich nicht zu vergessen: Auch sie sind die Partei der Bundeswehr und sie stehen zu 100% hinter diesem Gesetz.

Der krönende Abschluss aber war Martin Rinderspacher von der altehrwürdigen SPD. Hier wehte ein Hauch von 1914 durch den Bayerischen Landtag. Das Vaterland ist in Gefahr! Alles was derzeit dazugehört – Zeitenwende, Wehrtüchtig-

keit, Aufrüstung, „Sicherheit gibt s nicht umsonst“ – war dabei. Wörtlich: „Die SPD-Fraktion im Hohen Hause begrüßt ausdrücklich das Bekenntnis des Freistaates Bayern zur Förderung der deutschen Bundeswehr. Wir werden die Beratungen zum Gesetzentwurf in den Landtagsausschüssen sehr konstruktiv begleiten.“ Die 55 Minuten zeigten deutlich: Es gibt im Bayerischen Landtag keine Opposition mehr.

Opposition sind wir - und nur wir.

■ Hedwig Krimmer, ver.di-Arbeitskreis Aktiv gegen rechts

Bayerischer Landtag / Drucksache 19/1556, Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Förderung der Bundeswehr in Bayern

Mit dem Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern werden landesrechtliche Regelungen angepasst, um den ungehinderten Zugang der Bundeswehr zu Forschung und Entwicklung an Hochschulen sicherzustellen, ihren Zutritt zu Schulen zu erleichtern und den Erfordernissen der Verteidigung und des Zivilschutzes in der Raumordnung Rechnung zu tragen. Zudem soll das militärische Bauen erleichtert werden, um den baulichen Investitionsstau beim Bund schneller und leichter abbauen zu können.

75 Jahre Grundgesetz – die CSU war dagegen!

Die Haltung der CSU zum Grundgesetz von 1949 verdient eine Anmerkung. Die CSU – die Partei des Herrn Söder – stimmte im „Parlamentarischen Rat“, dem Vorläufer des Bundestags, dagegen. Ebenso lehnte auch der bayerische Landtag mit CSU-Mehrheit das Grundgesetz der Bundesrepublik ab. Dies geschah jeweils mit der Begründung des mangelnden Föderalismus. Man ließ sich dann gnädig herab, das Grundgesetz dennoch in Bayern rechtsverbindlich anzuerkennen, wenn dies zwei Drittel der Länder tun.

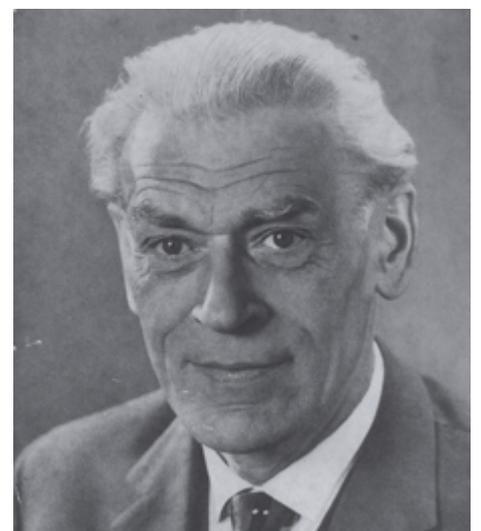
Anders begründete damals der KPD-Abgeordnete Max Reimann die Ablehnung des Grundgesetzes: „Das Volk würde diese Verfassung ablehnen, weil sie die Spaltung

Deutschlands bedeutet. Es würde diese Verfassung auch ablehnen, weil sie gedacht ist für einen reaktionären, monopolkapitalistischen Staat.“

Und weiter: „Wir Kommunisten versagen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus dem Gesetz unsere Stimme. Die Gesetzgeber aber werden im Verlauf ihrer volksfeindlichen Politik ihr eigenes Gesetz brechen. Wir Kommunisten aber werden die im Grundgesetz verankerten wenigen demokratischen Rechte gegen die Verfasser dieses Grundgesetzes verteidigen.“

Wie wahr, 75 Jahre später.

■krn



Max Reimann, 1898 - 1977

Hier könnte Dein Leserbrief stehen!

Immer wieder werden unsere Auf Draht-Verteiler von Kollegen angesprochen, so: „Is' ja gut, dass ihr hier steht ... aber da drinnen (deutet aufs Werk, z.B. BMW) ändert sich nie was.“ Sie sind unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen und allem, was damit zusammenhängt. Es bleibt nie viel Zeit für ein längeres Gespräch. Das Drehkreuz wartet.

Kolleginnen und Kollegen, wenn Ihr was loswerden wollt, schickt uns ein kurzes Mail. Das können wir in der Auf Draht veröffentlichen – natürlich ohne Namensnennung. Das wird sicher auch andere Beschäftigte interessieren!

Schreibt an: auf.draht@gmx.de

**Leserbriefe zur
Auf Draht vom 23. April 2024**

Zum Artikel „Weil's wurscht is“

Liebe Aufdraht Redaktion,

Danke. Endlich sagt es mal jemand. Von den 100 Millionen wird bei der Kollegin in der Näherei leider kein Cent ankommen.

Stefan

Endlich bringt mal jemand das wesentliche zum Triko-Sponsor-Wechsel auf den Punkt.

Eine Leserin

Zum Artikel, „Wer sich beim Geschäft mit dem Tod eine goldene Nase verdient“

Hallo Auf Draht Redaktion,

gut, dass ihr immer wieder an Karl Liebknecht erinnert: "Die Rüstungsindustrie pflückt goldene Äpfel..", weil er als einer der ganz wenigen damals in der SPD gegen die Kriegstreiber in seiner Partei aufgetreten ist. Auch damals hiess es: Bist du vielleicht für den russischen Zaren, den Arbeiterfeind? Und: Da kann man nichts machen, die Kriegsgegner sind zu schwach. Schlecht: Das Foto von Liebknecht ist so plaziert, dass man denken könnte, der ist vom Rüstungskonzern.

Ein langjähriger Leser.

Anzeigen

KAZ-Ausgabe 387

mit folgenden Themen:

**„In 5 Jahren müssen wir kriegstüchtig sein!“
1914, 1939, 2029?**

Außerdem u.a.:

Für Frieden und Asylrecht



**KOMMUNISTISCHE
ARBEITERZEITUNG**

www.kaz-online.de

erscheint vierteljährlich
Einzelheft: 1,50 Euro
Jahresabo: 10,00 Euro

Gruppe Kommunistische
Arbeiterzeitung (KAZ)
Postfach 21 04 46
90122 Nürnberg

Tel./Fax: 0911 / 356 913
email: gruppeKAZ@kaz-online.de

Ich will

- o die **Auf Draht** gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- o die **DKP** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- o die **Gruppe KAZ** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Telefon

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail

Bitte einsenden an: **Auf Draht** • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

eMail: auf.draht@gmx.de
gruppeKAZ@kaz-online.de
www.dkp-bayern.de
www.kaz-online.de

Gruppenabend der DKP München jeden
Mittwoch 19 Uhr
Sprechstunde der DKP München: jeden
Freitag 10-12 Uhr
Schwanthalerhöhe, Holzapfelstr. 3
80339 München

Rendite orientierte Privatisierung – in Bayern Vorschrift

Was soll mit Grundstücken und Gebäuden passieren, die dem bayerischen Staat gehören, also öffentliches Eigentum sind, die er aber nicht mehr haben will? Die bayerische Regierung ist auf Grund von Verordnungen (die sie selbst erlassen hat!) verpflichtet, zum Höchstpreis zu verkaufen, egal an wen. So steht es in der bayerischen Haushaltsordnung (Art. 63 BayHO). München ist voll von Grundstücken, die der Staat verscherbelt hat:

https://umap.openstreetmap.fr/de/map/privatisierung-von-immobilien-und-grundstuecken-des_947687#12/48.1591/11.6060

Regierung nun verscherbeln und kann obendrein behaupten, die Vorschriften zwingen sie dazu.

Das Zerwirkgewölbe in der Münchner Altstadt

Die älteren unter unseren Lesern erinnern sich vielleicht noch daran, wie sie damals mit der Mama Hirschgulasch oder Hasenpfeffer dort eingekauft haben. Später nutzte das Gärtnerplatztheater Räume in dieser zentralen Lage, dann zogen Hip-Hop-Club und diverse Restaurants ein. Jetzt müsste der Gewerbebau aus dem Mittelalter generalsaniert werden, aber der

Und weiter: „Der Freistaat Bayern muss auf dem Immobilienmarkt als Vorbild auftreten und nicht selbst gewinnmaximierend denken und die Preisspirale befeuern“ (<https://muenchner-forum.de/zerwirkgewoelbe/>)

Eine ganze Reihe von Initiativen, Organisationen und Mitbürgern unterstützt bereits diesen Widerstand, z.B. der Mieterverein. Dessen Mitglieder müssen ja in erster Linie den Ausverkauf der Stadt ausbaden mit ihrer steigenden Miete und schließlich Vertreibung aus der Heimatstadt. Die bayrische Regierung wird aber ihren Ausverkauf an



Das Zerwirkgewölbe im Zentrum Münchens, Ledererstraße 3 (Foto: www.muenchner-forum.de)

Die Folgen sehen wir an den Bauruinen, an Tausenden leerstehenden Wohnungen und den steigenden Mieten. Die bayerische Regierung selbst verhindert bezahlbare Wohnungen. Im übrigen Deutschland gelten sogenannte „Verbilligungsrichtlinien“, die Preisnachlässe zulassen für Kommunen, Genossenschaften und Gesellschaften, die etwas für das Gemeinwohl bauen, wie bezahlbare Wohnungen, Schulen, Sportplätze, Theater und anderes, was wir zum Leben brauchen.

Im Landtag legte die Opposition ein Gesetz vor, damit dies auch in Bayern möglich ist. Die Mehrheit aus CSU, Freien Wählern und AFD lehnte eine derartige Behinderung von Investoren ab, das sei grundgesetzwidrig. Interessanterweise mit der Begründung, das bayrische Vermögen dürfe nicht geschmälert werden. Keine Schmälerung ist anscheinend, wenn man dringend benötigten Baugrund im Stadtgebiet verscherbelt. (siehe Protokoll Plenumsitzung 8.12.2021)

Eines der historisch wichtigsten Gebäude in der Münchner Altstadt, das dem bayrischen Staat gehört, will die CSU/FW

letzte Nutzer, Hofbräu München, hatte kein Interesse daran. Zuletzt wollten sie dort noch einen Hofbräu-Ableger einrichten, praktischerweise auf halbem Weg zwischen Hauptbahnhof und Hofbräuhaus. Nach dem Hofbräu-Rückzug war für die CSU-Regierung der Weg frei für die Investoren, die schon Schlange standen. Denn kein bayerisches Ministerium wollte ein Gebäude in bester Innenstadtlage, weder die Behörden für Kultur und Brauchtum, auch nicht für Bildung, für Jugend, für Geschichte, für Kunst, für Kleingewerbe. „Da das Grundstück nicht mehr zur Erfüllung von Aufgaben des Staates benötigt wird, ist es zu veräußern.“ So die Antwort auf eine Anfrage im Landtag nach der Zukunft des zweitältesten Gebäudes von München, Sinnbild für die Geschichte der Stadt!

Mittlerweile regt sich Widerstand

Das „Münchner Forum“ fordert in einem offenen Brief an die bayerische Staatsregierung „den unverzüglichen Stopp des Verkaufs des Zerwirkgewölbes durch den Freistaat Bayern und eine transparente Diskussion um eine Nachnutzung des Gebäudes.“

Investoren weitertreiben, wenn sie nicht mehr als eine Petition zu fürchten hat.

■ muk

Arbeitsgeil

Philipp Amthor, Generalsekretär der CDU Mecklenburg-Vorpommern und greiser Christ in jugendlicher Hülle, möchte zurück ins Mittelalter: „Wenn man sich entscheidet, dann lieber ein paar Tage lang zwölf Stunden zu arbeiten, um den Freitag freizuhaben, also mehr Flexibilität innerhalb der Wochenarbeitszeit, das halte ich für sinnvoll.“



Tatsächlich fordert er also die Wiederbelebung der 1956 abgeschafften 48-Stunden-Woche.

(aus UZ 26.04.24)

So kann man eigentlich freiwillig nur aussehen, wenn man in Wirklichkeit 276 Jahre alt ist: Philipp Amthor (Foto: Amthor-Team / Wikimedia / CC BY-SA 4.0 Deed / Bearb.: UZ)